



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-γ-: Vom Ansehen des Reichstages

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Dom Ansehen des Reichstags



Wenn man die gesamte Tätigkeit des Reichstags in seiner langen Tagung seit dem 4. November bis heute überblickt, kann man sich eines starken Unwillens nicht enthalten. Man sieht die Auserwählten des Volks ununterbrochen an dem Aste sägen, auf dem sie in der Achtung der Nation sitzen. Und das tut der Reichstag, der durch eine ganz außergewöhnliche nationale Erregung infolge des Aufruhrs der Reichsregierung zum Sturz der frühern Mehrheit in der Reichshauptstadt versammelt wurde! Je länger er arbeitet — oder auch nicht arbeitet —, um so weniger entspricht er den Erwartungen, namentlich derer, die nur auf den Appell der Regierung ihre Wahlstimm und ihren Widerwillen gegen die Mißbräuche des parlamentarischen Treibens überwunden hatten und herbeigeeilt waren, um eine nationale Mehrheit schaffen zu helfen, und die in den meisten eroberten Wahlkreisen auch den Ausschlag gegeben haben. Die deutschen Parlamentarier und die ihnen ergebene Journalisten hätten doch aus dieser vierten Wahlniederlage der frühern Mehrheit nach einer Reichstagsauflösung erkennen sollen und müssen, daß das deutsche Volk nichts von den hergebrachten Parteikünsten wissen will, sondern daß es nationale Taten verlangt. Es will seine nationalen Aufgaben gefördert sehen und hat die Parteistreitereien satt. Es weiß doch längst, daß die oft stundenlangen Reden im Reichstage nicht um der Sache willen, nicht zur Überzeugung der andern gehalten werden — denn die Abstimmung ist ja in der Regel schon vorher durch Fraktionsbeschlüsse festgelegt und auch bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden. Sie werden bloß noch geredet für die Wähler draußen, damit sie — nicht alle werden, und die Parlamentarier hören solche Reden auch bloß dann an, wenn sie von der Eigenart des Sprechers eine besondere Unterhaltung erwarten. Eine derartige Geringschätzung übernommener Pflichten und Verfehlung in eine Art von öffentlichem Schauspiel ist man in der Bevölkerung von den Gewählten in die Gemeinderatsstuben und auch von den Beamten nicht gewöhnt, und schon

darum hat seit Jahrzehnten der Reichstag in der allgemeinen Achtung sehr viel eingebüßt.

Den Herren Parlamentariern scheint auch gar nicht bekannt zu sein, mit welcher Teilnahmslosigkeit infolgedessen die Reichstagsberichte hingenommen werden. Große Zeitungen haben ja schon begonnen, die Reden der Abgeordneten mit fettgedruckten Zwischenüberschriften zu versehen, damit die Leser wenigstens leicht das herausfinden, was sie persönlich oder wirtschaftlich interessieren könnte. Daß außer Pensionären und andern Leuten, die die ganze Zeitung zum Zeitvertreib durchnehmen, jemand den gesamten Reichstagsbericht lesen würde, nimmt man demnach schon nicht mehr an. Dagegen beobachtet man, wie die Zeitungen aus einer Hand in die andre gehen, wenn eine Rede vom Reichskanzler darin steht, wie da auch in warmen Äußerungen das politische Interesse laut wird in einem Maße, wie es nicht einmal bei einer Rede des lokalen Abgeordneten der Fall ist. Die Bevölkerung ist eben keineswegs politisch gleichgültig, sie hat nur die ewige parlamentarische Walze satt, die allein mit Parteiöl geschmiert ist, und bei der die nationalen Angelegenheiten höchstens als äußerer Anstrich verwandt werden. Die Schuld an allem liegt ausschließlich daran, daß der deutsche Reichstag nicht die ihm von der Verfassung aufgetragenen Aufgaben erfüllt, sondern nach dem Muster des Auslands, wo doch ganz andre Bestimmungen gelten, reine Parteipolitik getrieben hat. Verständige Leute haben längst durchschaut, daß in der Regel nicht die Rücksicht auf das Vaterland, sondern die oft sehr trügerische Hoffnung auf ein paar neue Parteimandate den Ausschlag giebt; darum verlieren sie auch die Lust, sich an den Wahlen zu beteiligen. Das Übel ist mit der Zersplitterung der Parteien immer schlimmer geworden, denn je kleiner das Grüppchen ist, um so dringender fühlt es das Bedürfnis, andern Parteien selbst durch die skrupelloste Agitation Wahlkreise zu entreißen. Das Vaterland ist dabei Nebensache.

Fürst Bismarck hatte diese verderbliche politische Wucherung längst erkannt und sagte schon 1891 in Kissingen: „Ich halte unser ganzes politisches Fraktionswesen für eine Krankheit — eine Krankheit, die ihren Bestand hat durch den strebsamen Ehrgeiz der politischen Kondottieri, die an der Spitze einer Partei stehen wollen. Die Fraktionen und Fraktionsführer sind Erscheinungen bei uns, auf die ich nur mit Besorgnis zurückblicke bei meinem Scheiden aus dem Amt.“ Der Altreichskanzler ist nun schon zehn Jahre tot, und seit jenen Worten sind gerade achtzehn Jahre vergangen, aber seine Mahnung hat nicht gefruchtet trotz aller reichlich zur Schau getragenen Bismarckverehrung. Im Gegenteil war unter dem Einfluß der „Kondottieri“ die Tätigkeit des Reichstags so tief in Mißkredit geraten, daß ernste, jeder reaktionären Neigung durchaus unverdächtige Männer schon die Möglichkeit erwogen, ob und wie der das vaterländische Wohl gefährdenden Lage durch eine Stärkung der kaiserlichen Gewalt abzuhelpen sei. Die Stimmung im Lande kam solchen Erwägungen entgegen. Dem Fürsten Bülow gebührt das Verdienst, Wege angebahnt zu haben, die aus der an-

scheinend aussichtslos verfahrenen Lage herausführen konnten. Voraussetzung dafür blieb freilich, daß er bei den Parlamentariern auf Verständnis und Entgegenkommen stieß.

Der erste Schritt war die Bewilligung von Diäten, wozu selbst die Aufhebung einer unhaltbar gewordenen Verfassungsbestimmung nicht gescheut wurde. Die ursprüngliche Absicht des Begründers der Reichsverfassung, im Reichstag eine Vereinigung geistiger Aristokraten zu schaffen, die ihre Pflicht für das Vaterland als Ehrendienst auffassen, war bloß für das erste Jahrzehnt des deutschen Parlamentarismus einigermaßen verwirklicht worden, erwies sich aber nachher je länger je mehr als undurchführbar. So kam es, daß schließlich der fünfte Teil der Reichstagsabgeordneten die ausdrücklich verbotnen Diäten bezog. Da die Verfassung aber keine Strafbestimmungen dagegen enthielt, darum niemand die offenkundige Verfassungsverletzung ahnden konnte, und der Reichstag selbst — trotz der direkten Aufforderung Bismarcks (1897) — nichts zur Aufrechterhaltung der Verfassungsbestimmung tat, war der Übelstand geblieben und noch gewachsen. Die Gewährung der Diäten machte wenigstens diesem unerträglichen Widerspruche zwischen Verfassung und eingerissenem Gebrauch ein Ende und ließ auch hoffen, daß in Zukunft die Teilnahme an den Sitzungen ebenso zur Gewohnheit werden würde wie früher das Schwänzen, für das nun jeder stichhaltige Grund fehlt. Es ergab sich auch für den Reichstag die Möglichkeit, sich durch die Anwendung der Geschäftsordnung gegen Dauer- und professionelle Agitationsreden zu schützen. Dieser letzte Zweck scheint aber nur unvollkommen erreicht worden zu sein, denn die Reichstagsberichte meldeten wiederholt wieder über den bekannten Antrag Singer auf Auszählung des Hauses, der immer eingebracht wird bei einem schwachbesetzten Hause, wenn es den sozialdemokratischen Wünschen nicht zu Willen ist. Trotz der Diäten scheint demnach die wünschenswerte Besetzung des hohen Hauses doch nicht immer vorhanden zu sein. Dabei besteht noch die Wahrscheinlichkeit, daß einzelne Parteien den Wünschen der sozialdemokratischen Agitationsredner ohnehin mehr als billig entgegenkommen, da sie selbst Redner haben, die es auch nicht leicht unter zwei Stunden tun. Soweit bei diesen Dauerreden nicht bloß persönliche Eitelkeit ins Spiel kommt, kann doch auch bloß der Zweck vorwalten, zum Fenster hinaus zu sprechen, da sie bei der üblichen Fraktionspraktik auf die Beschlüsse des Hauses ohne jede Wirkung bleiben. Es wird dem Ansehen des Reichstags nicht dienlich sein, wenn dieser Zustand fortbauert oder sich gar noch verschlimmert. Es gibt Leute genug, die nach der Gewährung der Diäten eine sachlichere Beratung und die Beseitigung eines früher schwer zu beseitigenden Übelstandes erwartet hatten. Moltke, der einer der gewissenhaftesten Abgeordneten war, hat einmal die stundenlangen Reden als Rücksichtslosigkeit gegen andre bezeichnet.

Die Möglichkeit sachlicher Beratungen für den Reichstag geschaffen zu haben, genügte aber dem Fürsten Bülow nicht; es bedurfte zur Hebung des

Parlaments auch noch einer Auffrischung und Ermunterung der wirklich auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien. Seine wiederholte Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, sich gegen die den Klassenkampf betreibende Sozialdemokratie zusammenzuschließen, fiel zunächst auf unfruchtbaren Boden, denn die Parteien vermochten nicht über den Schatten ihrer Vergangenheit zu springen. Aber das Ziel wurde in der Hauptsache doch erreicht bei der Reichstagsauflösung, nachdem die Liberalen durch ihr kräftiges Eintreten für die Kolonialpolitik indirekt selbst zugegeben hatten, daß die seitherigen Gegensätze zwischen liberal und konservativ für die Aufgaben des Reichs keine Geltung mehr haben können. Auf dieser Grundlage fußt die neue Zusammenfassung der Parteien im Reichstage, für die der Berliner Zeitungswitz — natürlich nach ausländischem Muster — die Bezeichnung Block aufgebracht hat. Eine breite Grundlage fand sie in der Stimmung der Bevölkerung, die namentlich die Mahnung Bülow's zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie mit überraschendem Eifer erfaßte und dieser übermütig gewordenen Partei eine gewaltige Wahlniederlage beibrachte, durch die sie wohl noch nicht die gebührende Bescheidenheit gelernt aber doch den viele betörenden Ruf der Unbestiegbarkeit eingebüßt hat. Solange die wärmende Sonne der Wahlglut hoch stand, haben auch die Reichstagsverhandlungen ergeben, daß ganz gut ein Zusammenarbeiten der liberalen und der konservativen Partei für das Reich möglich ist, wie es ja auch schon zwischen Nationalliberalen und Konservativen seit Jahrzehnten bestanden hatte. Aber je mehr jene Sonne sank, desto größer wurden die Parteischatten wieder. Die bei den Wahlen ausschlaggebende Volksstimmung hatte auf eine tatkräftige und großdenkende Mehrheit gerechnet, aber diese hat sich eigentlich nur bei den Kolonialfragen betätigt. Schon bei dem ausgesprochen sehr liberalen Vereinsgesetz konnte nur schwer eine Verständigung erreicht werden, und bei der Finanzreform ist das alte Parteienchaos wieder da.

In einem Artikel im Tag äußerte vor einigen Wochen Generalmajor Reim, in der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Reichstage und in dem vielfachen Schelten über ihn stecke ein gutes Teil Pharisäertum, natürlich unbewußt, weil der Reichstag doch nichts weiter sei als der Mikrokosmos des oft krausen politischen Gedankenlebens des deutschen Volks. Das ist zum Teil richtig, zum Teil aber doch nicht. Obgleich er jetzt auch schon vor dem Beweise seiner Unfähigkeit steht, ist der jetzige Reichstag doch wesentlich anders als sein Vorgänger, und in dreieinhalb Jahren hatte sich das politische Gedankenleben des deutschen Volks schwerlich so weit gewandelt, daß sein Mikrokosmos soviel anders aussehen könnte. Es kommt bei den Wahlen eben sehr viel darauf an, welche von den mannigfachen Strömungen im deutschen Volke gerade die Stimmung beherrschen. Läßt man das bekannte parlamentarisch-journalistische Milieu gewähren, das sich gern als öffentliche Meinung hinstellt, so ergeben die Wahlen immer einen Reichstag, mit dessen Parteienpiel

nichts anzufangen ist, und von dem sich die Achtung der Bevölkerung bald sichtbar abkehrt. Nief dagegen die Reichsregierung die wirkliche Volksstimmung auf — und es war einerlei, ob es Bismarck, Caprivi oder Bülow tat —, so erschien immer ein Reichstag, der wenigstens anfangs dieser Stimmung entsprach, bis er nach und nach wieder dem hergebrachten Mänkespiel der Kondottieri verfiel. So steht es auch mit dem jetzigen Reichstage. Die Hoffnung der Wähler, der Zweck, den sie bei der Wahl im Auge hatten, war, einen Reichstag zusammenzubringen, der das tatenscheue Parteiwesen zusammenfassen und für die großen Staatsaufgaben, für die das Volk ein Herz hat, geschickter machen sollte. Die Volksstimmung ging mit dem Reichskanzler, der sie richtig erkannt hatte, vollkommen Hand in Hand, und die Milieupresse machte wohl oder übel mit. Aber der Zweck wurde nicht über jenen Punkt hinaus erreicht, für den eine ausdrückliche Wahlverpflichtung vorlag.

Der jetzige Reichstag hat es noch in der Hand, ob er sich durch politische Taten vor der unzweifelhaften Mißachtung bewahren wird, die seinen Vorgängern zuteil geworden war, und die in dem Wahlresultat zum sprechenden Ausdruck kam. Mag jene Presse, die eng mit den parlamentarischen Mißständen verquickt ist und daraus zum Teil ihren Stoff zieht, hundertmal versichern, an allen äußern und innern unbehaglichen Zuständen seien allein die Schwächen und Fehler der Regierung schuld, so glaubt man ihr das doch immer weniger. Man weiß im Volke längst ganz genau, daß Kaiser, Kanzler und Regierung wohl nicht frei von menschlichen Fehlern sind, daß aber die eigentlichen Ursachen der Schwächen des Reichs im Parlamente liegen; darum wollte man ja auf den Ruf des Kaisers und Kanzlers ein tatkräftigeres wählen. Noch niemals war seit den ersten Jahren des Reichs die Bevölkerung hoffnungsvoller gestimmt auf nationale Taten des Reichstags, noch niemals bereitwilliger, sie mit Subel aufzunehmen. Noch niemals war ein Volk so ohne Murren bereit, sich eine schwere Steuerlast auf die Schultern zu laden, weil man bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein einsieht, daß es nicht anders geht; noch wird mit unmißverständlichem Unwillen jeder Versuch einzelner Interessengruppen zurückgewiesen, nach früherer Weise Agitationen gegen gewisse Steuervorschläge in Bewegung zu bringen. Man erwartet mit unfäglicher Geduld, daß der Reichstag die ihm von der Verfassung auferlegte Pflicht, die Finanzreform formell zum Abschluß zu bringen, doch nun endlich vollziehe. So ist tatsächlich noch die Lage im Reiche, auch die Kämpfe und Hezereien der Parteiblätter gegeneinander entbehren durchaus der in frühern Zeiten erbitternden und aufregenden Wirkung. Noch niemals war einem Parlament eine beträchtliche Steuervermehrung so leicht gemacht wie heute dem deutschen Reichstage, und man sehe, was heute die Bismarckschen Kondottieri in sieben Monaten mit einer ganz brauchbaren Regierungsvorlage, die bei ihrer Veröffentlichung im großen und ganzen eher auf allgemeine Zustimmung als auf Opposition stieß, angefangen haben. Wenn die Herren doch nur einen Moment

ihre Parteibrillen abzuliegen vermöchten und die von ihnen geschaffne Lage gewissermaßen mit den Augen des Gesamtreichstags unter Berücksichtigung seines Ansehens und seiner ganzen Zukunft überblicken wollten, sie müßten doch einsehen, daß es so nicht weitergehn kann, und daß eilige Umkehr not tut.

Es soll hier bloß der Gesamteindruck hervorgehoben, nicht das Vorgehn der einzelnen Parteien besprochen und beurteilt werden. Das ist in den Grenzboten schon vielfach und meist in sehr treffender Weise geschehen. Hier handelt es sich um den Reichstag als Ganzes, als verfassungsmäßige Institution, die mitgeschaffen wurde zur pflichtgemäßen Mitwirkung bei der Erfüllung der Zwecke des Reichs, das nach der Eingangsformel der Verfassung begründet wurde „zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“. Hier braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß dieser Gründungszweck, namentlich auch der Schutz des Bundesgebiets, ohne schleunige Steuerreform nicht aufrecht erhalten und erfüllt werden kann. Es fragt sich, was in diesem Falle geschehen müßte, da das Reich doch nicht begründet wurde, damit im Reichstage konservative, liberale oder clerikale Parteistechenpferde geritten werden können. Da jedes Jahr der Verzögerung dem Reiche eine halbe Milliarde neuer Schulden und darüber einträgt, so liegt auf der Hand, daß ein solcher Zustand nur kurze Zeit ertragen werden könnte, denn er wäre ja unter Umständen schlimmer als ein großer Krieg. Es ist darum die höchste Zeit, daß der Reichstag den in diesem Punkte sehr notwendigen Befähigungsnachweis erbringt. Die Reichsfinanzen vertragen noch viel weniger eine weitere Verschleppung als einst selbst die ebenso wichtige Landesverteidigungsfrage, die zweimal den Anlaß zu Reichstagsauflösungen gegeben hat. Was geschehen wird, wenn der Reichstag wirklich auf den Stand der Achtung seines Vorgängers sinken und zur Erledigung der Finanzreform nicht fähig sein sollte, ist uns unbekannt, nur daß ein solcher Reichstag nicht fortbestehn könnte, ist unzweifelhaft. Der Gegensatz einer solchen Impotenz zu der nahezu götterhaften Unfehlbarkeit, mit der am 10. und 11. November vor dem gesamten In- und Ausland über den Kaiser abgeurteilt worden ist, wäre zu grotesk, als daß er ertragen werden könnte, um so mehr, da das Ansehen des Monarchen seitdem größer geworden ist als je.

Wer seine politischen Augen offen hat (und von Reichstagsabgeordneten sollte man das erwarten), muß doch klar erkennen aus der Lage bei uns und ringsum, daß dem Deutschen Reiche Riesenaufgaben gestellt sind, die nur ein starkes, einmütiges Wollen lösen kann. Im Reichstage steckt dieses Wollen leider nicht, und es ist je nach der jeweiligen Situation ziemlich nebensächlich, ob gerade die Liberalen nach Bülow um Hilfe schreien oder das Zentrum sich als Herrn der Lage geriert oder die Konservativen in ihren Blättern Siegesfanfaren blasen lassen: man weiß ja doch, daß das alles nicht durchschlagend,

daß es bloß Parteizauber und — nicht echt ist. Das Hervorkehren der Parteigrundsätze, hinter denen die Gegner selbstverständlich stets materielle Interessen suchen, während sie selbst vorgeben, nur das Ideal des Volksglücks anzustreben, hat nun lange genug ein jämmerliches Schauspiel vor der ganzen Welt gebildet und darf nicht fort dauern. Bülow hat schon zweimal dem Reichstage aus wenig würdevollen Lagen herausgeholfen, die außer den Parlamentariern und ihrer Milieupresse jedermann empfand, während sich die Immunität der Abgeordneten auch darauf auszudehnen schien; er wird jetzt den Versuch nicht scheuen, es ein drittesmal zu tun. Er muß es schon tun als Reichskanzler im Interesse des Reichs, das ja einen Selbstzweck an sich darstellt, was man vom Reichstage nicht sagen kann, der nur eine Einrichtung ist. Eine solche kann unter Umständen auch einer Verbesserung fähig oder bedürftig werden, besonders wenn mehrfache Auflösungen ihren Zweck verfehlen oder ergeben, daß in der Organisation dieser Einrichtung ein grundsätzlicher Fehler steckt, der der Erreichung des Selbstzwecks hinderlich ist. So weit sind wir wohl noch lange nicht, noch steht es ja bei dem jetzigen Reichstage, seine Würde zu wahren und seine verfassungsmäßige Pflicht zu erfüllen. Die Saite ist auch nur angeklungen in Erinnerung an gewisse Gedanken des Altreichskanzlers, die er in Anbetracht der Entwicklung des deutschen Reichsparlamentarismus seinerzeit geäußert hat. Es ist vorerst die neue Phase der Mitwirkung Bülows bei der Entwirkung der verfahrenen Lage abzuwarten, wobei den Herren Parlamentariern in ihrem Interesse der ehrliche Wunsch ausgesprochen werde, sie möchten die vermittelnde Hand rasch ergreifen und zu diesem Zwecke die bekannten Steckenpferde beiseite stellen.

-7-



## Rußland und England in Persien

2

### Bender-Abbas



In den Jahren 1898 bis 1900 hat die Frage einer Abtretung von Bender-Abbas an Rußland lange Zeit die öffentliche Meinung sowohl Rußlands wie Englands beschäftigt; sie ist schließlich mit der Schaffung einer festen Grundlage, mit der Einrichtung einer ständigen Dampferverbindung zwischen den Häfen des Schwarzen Meeres und Bender-Abbas beendet worden. In der europäischen Presse hat damals vor allem der bekannte Kenner Mittelasiens A. Bambery, ein geschwornener Feind Rußlands, durch sensationelle Enthüllungen eine heftige Agitation entfaltet. Nach seinen Behauptungen hat Rußland schon in den siebziger Jahren von der persischen Regierung die